

Kanton Bern



Dass die Berner Regierung zu defensiv kommunizierte, lässt Regierungsrat Christoph Ammann nicht gelten.
FRANZISKA ROTHENBÜHLER

Regierungsrat Ammann nimmt den Bund in die Pflicht

Trinkwasser Recherchen dieser Zeitung haben gezeigt: Im Kanton Bern weisen deutlich mehr Trinkwasserbestände zu hohe Fungizidrückstände auf als bislang bekannt. Regierungsrat Christoph Ammann betont, der Kanton habe nichts verschwiegen.

Interview: Cedric Fröhlich

Christoph Ammann, ich nehme an, auch ein Regierungsrat konsumiert regelmässig Trinkwasser. Sind Sie verunsichert?

Christoph Ammann: Nein, ich habe Vertrauen in die Forschung und unsere Wasserversorger. Ich trinke nach wie vor gerne und viel Wasser.

Unsere Recherchen haben gezeigt: Die Verunreinigungen des Berner Trinkwassers

durch Chlorothalonil-Rückstände sind deutlich gravierender als bislang bekannt. Hat Sie das überrascht?

Nein. Für die breite Öffentlichkeit ist das zwar eine neue Erkenntnis. Aber im Hintergrund, auf Verwaltungsebene, arbeiten wir natürlich schon lange am Thema.

Wussten Sie, wie viele Gemeinden betroffen sind?

Wir wussten aufgrund zahlreicher Messungen des Kantonalen Laboratoriums, welche Regionen betroffen sind. Im Verlauf der

letzten Monate und Wochen hat sich das Bild verdichtet.

Wieso hat der Kanton dieses Wissen nicht geteilt?

Das stimmt so nicht. Die Regierung war nicht nur informiert über diese Zwischenergebnisse, sie ist selbst aktiv geworden. Wir haben beim Bund ein Chlorothalonil-Verbot verlangt – als einer der wenigen Kantone. Und zwar als direkte Folge unserer Untersuchungen. Das geschah bereits im Dezember 2019, da haben wir uns klar ge-

äussert und in einer Medienmitteilung die betroffenen Regionen genannt. Wir haben zudem im Rahmen der politischen Debatte im Grossen Rat Auskunft erteilt.

178 000 Bernerinnen und Berner konsumieren Trinkwasser, in dem die gesetzlichen Höchstwerte überschritten sind. Das hat man so nie von Ihnen gehört.

Nein. Aber die Höchstwerte sind das eine. Die Risikoeinschätzung ist etwas ganz anderes. Das ist

keine kantonale Aufgabe, sondern Sache von Expertinnen und Experten des Bundes.

Wir sprechen aber nicht über die möglichen Risiken, sondern vom Fakt, dass die Dimensionen des Problems nicht bekannt waren – und die Kommunikation des Regierungsrats praktisch inexistent.

Sie war nicht inexistent, sondern zweckmässig. Wir haben stets dem jeweiligen Kenntnisstand entsprechend kommuniziert. Wie gesagt: Die Regierung hat

sich für das Verbot eingesetzt und sich im Grossen Rat geäussert. Wenn Sie die Antwort lesen, sehen Sie, dass viele Informationen schon im November öffentlich gemacht wurden.

Das Kantonale Laboratorium konnte aufgrund einer Schweigepflicht seine Erkenntnisse nicht öffentlich mitteilen. Gab es keine Möglichkeit, das Laboratorium davon zu befreien? Nein, die Informationspflicht ist von Gesetzes wegen bei den Wasserversorgern. Das Labora-

Biel relativiert: «Seewasser ist besser als Grundwasser»

Die Stadt Biel bezieht einen grossen Anteil ihres Trinkwassers aus dem See. Wie stark dieses mit Pestiziden belastet ist, hängt stark von der Aare ab.

Nun auch Biel. Wie diese Zeitung publik machte, konnten in über 80 Gemeinden im Trinkwasser Abbauprodukte von Chlorothalonil nachgewiesen werden. Biel gehört dazu. Doch steht die Stadt im Vergleich zu Orten, die ihr Trinkwasser aus dem Grundwasser beziehen, wesentlich besser da: «Biel bezieht 90 Prozent seines Trinkwassers aus dem See», sagt Andreas Hirt, Leiter Bau und Netzservices beim Energieservice Biel (ESB). Und dessen

Wasserzusammensetzung verändern sich ständig.

Heisst, der Messwert von letzter Woche, der eine geringfügige Überschreitung des Chlorothalonil-Grenzwerts belegte, könnte nächste Woche schon wieder anders aussehen. «Eine Messung ist keine Messung», so Hirt. Erst bei einer gewissen Permanenz könne man verlässliche Aussagen zur Wasserqualität machen.

Das instabile Seewasser hängt mit dem Zufluss von Aarewasser aus dem Hagneckkanal zusammen. Führt dieser viel Wasser, fließt dieses unbelastete Oberflächenwasser in den See, was sich positiv auf die Qualität von See- und Grundwasser auswirkt. Man nennt diesen Vorgang Ex-

filtration. Beim gegenteiligen Fall, wenn also wenig Wasser aus der Aare in den See fließt, dringt Grundwasser in die Aare und dann in den See. Und genau auf diesem Weg, Infiltration genannt, gelangt das Chlorothalonil ins Seewasser.

«Ich trinke Hahnenwasser»

Das Bieler Seewasser wird im Seewasserwerk in Ipsach aufbereitet und bildet für den ESB das erste Standbein in der Versorgung. Gibt es im Wasserwerk indes eine Panne, muss Biel auf das zweite Bein ausweichen: den Wasserverbund Seeland (WVS) in Worben. Und genau im Seeland ist das Pestizidproblem aufgrund des intensiven Ackerbaus am grössten.

Beim WVS sind aktuell drei Fassungen in Betrieb, auch solche, in denen der Höchstwert überschritten ist. «Dieses Wasser hat klar die schlechtere Qualität als unser Seewasser», so Hirt.

Und doch: «Es gibt keinen Anlass zur Sorge.» Er selber werde weiterhin Bieler Hahnenwasser «in grossen Mengen trinken», sagt Hirt. Klar, der Stoff gehöre nicht ins Wasser. «Aber die Überschreitung ist viel zu gering, als dass man von einer ernsthaften Gefahr sprechen kann.» Wie die anderen Wasserversorger werde aber auch der ESB alles daransetzen, das Pestizid aus dem Wasser zu bringen. «Wir werden nun wöchentlich Messungen durchführen. Das See-

wasserwerk wollen wir technisch aufrüsten.» Und bei der Planung des neuen Werkes, es soll 2024 betriebsbereit sein, nehme die Senkung von Spurenstoffen eine zentrale Rolle ein. «Wir testen derzeit verschiedene Konzepte, zum Beispiel mittels Ozon.»

Keine grossen Wellen

Wie kam die Pestizidnachricht in der Stadt am See an? Zapfen die Bieler weiterhin Hahnenwasser, oder wird nun Mineralwasser nach Hause geschleppt? Ein erster Augenschein zeigt: Das Wasserthema schlägt keine grossen Wellen. «Es ist dem Gast überlassen, ob er nun lieber ein Mineralwasser als Hahnenwasser bestellen will», sagt etwa Christian Ba-

bey vom Restaurant Les Caves, der seinen Gästen gratis Hahnenwasser ausschenkt. Er selber werde sicher weiterhin Hahnenwasser trinken – «es hat heute trotz allem viel die bessere Qualität als früher». Was Babey missfällt, ist die fehlende Information: «Die Behörden müssen mit offenen Karten spielen.»

Auch Nina Streit, Bieler Lehrerin und Mutter, meint: «Verglichen mit anderen Ländern, ist unser Wasser nach wie vor top», sagt sie. Man müsse das Ganze mit Pragmatismus betrachten: «Überall lauern Gefahren, Pestizide hier, Mikroplastik da, am Schluss weiss man nicht mehr, was man noch darf und was nicht.» *Simone Lippuner*

Kanton Bern

«Die Regierung war nicht nur informiert, sie ist selbst aktiv geworden.»

Transparenz und noch schnellere Reaktionen wünscht. Aber wir haben weder etwas verharmlost noch unter dem Deckel gehalten. Wir haben die Öffentlichkeit so informiert, wie das zum jeweiligen Zeitpunkt angemessen war. Zudem hat sich der Kenntnisstand in den letzten Wochen und Monaten laufend verändert. Und er wird sich weiter verändern.

Es werden also weitere Gemeinden hinzukommen.

Diese Frage müssen Sie den Experten stellen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass das Verbot eine Reduktion der Einträge ins Trinkwasser zur Folge hat. Aber heute kann niemand genau sagen, wie schnell die Konzentration abnehmen wird.

Eine Schlüsselrolle nehmen die Wasserversorger ein. Sie müssen über die Qualität ihres Trinkwassers informieren. Aber viele kommen an ihre Grenzen.

Die Kommunikation ist eine Verbundaufgabe. Bund, Kanton, Gemeinden – alle stehen in der Verantwortung. Aber es stimmt: In erster Linie müssen die Wasserversorger Rechenschaft über die Qualität abliefern und sie auch gewährleisten. Der Kanton stellt sicher, dass sie dieser Pflicht nachkommen.

Die meisten machen ihren Job nach bestem Wissen und Gewissen, veröffentlichen einmal im Jahr einen Bericht über die Wasserqualität. Mit der aktuellen Situation aber sind viele überfordert.

Das ist richtig, bisher hat ein solcher Bericht ausgereicht. Heute nicht mehr. Darum werden wir über die Aufsichtsverantwortung hinaus unsere Beratungsaufgaben stärker wahrnehmen. Gerade halbprofessionelle Organi-

«Wir haben weder etwas verharmlost noch unter dem Deckel gehalten.»

sationen in kleineren Gemeinden wollen wir stärker unterstützen.

Wie wird das ablaufen?

Eine Taskforce mit Fachleuten aus den zuständigen Ämtern ist an der Arbeit. Wir sind in engem Kontakt mit den Wasserversorgern und den Gemeinden. Das Kantonale Laboratorium steht zur Verfügung für zusätzliche Messungen, wenn die Versorger das wünschen. Und wir haben auch die Möglichkeit, sie kommunikativ zu beraten. Alle haben ein grosses Interesse daran, dass die Verunsicherung in der Bevölkerung nicht noch stärker wird.

Bei den Menschen löst die Diskussion um unser Trinkwasser Unbehagen aus.

Ich verstehe die Sorgen in der

Bevölkerung, wenn man solche Schlagzeilen liest und solche Messergebnisse zur Kenntnis nimmt. Aber zur heutigen Zeit finden Sie im Kanton Bern in keiner einzigen Wasserfassung eine Situation vor, bei der man von einem ernsthaften Gesundheitsrisiko sprechen müsste.

Aber das Trinkwasser entspricht an vielen Stellen nicht den lebensmittelrechtlichen Standards.

Das stimmt. Und deshalb ist nun der Bund in der Verantwortung. Er hat in Aussicht gestellt, im Sommer die Kantone zu informieren, welche Massnahme er einleitet.

Die Wasserversorger haben zwei Jahre Zeit, die Konzentration der Rückstände unter den Höchstwert zu senken. Schaffen sie das?

Das ist die aktuelle Ausgangslage. Ich erwarte vom Bund, dass er diese Entwicklung genau verfolgt. Vielleicht gelangt er zum Schluss, dass zwei Jahre nicht

«Wir alle stehen in der Verantwortung.»

ausreichen, und verlängert die Frist. Aber das kann ich weder voraussagen, noch kann der Kanton diesbezüglich in Eigenregie handeln.

Bis dahin werden wir über zwei nationale Trinkwasserinitiativen abstimmen. Der Agrarkanton Bern ist vom Ausgang dieser Voten stark betroffen. Welche Implikationen haben die neuen Ergebnisse für die öffentliche Debatte?

Es sind alle Akteure gefordert, damit sichergestellt ist, dass eine seriöse politische Meinungsbildung stattfinden kann – das ist ganz klar. Das Thema ist schon länger auf der Agenda. Die Erkenntnisse verändern sich einfach laufend. Man sieht, dass die Einträge ins Grundwasser eine Tragweite haben, die man vor ein paar Jahren noch nicht vermutet hat. Das ist der Arbeit in den Laboren und in zahlreichen Behörden zu verdanken. Gestützt darauf muss nun eine fundierte politische Auseinandersetzung stattfinden.

torium ist Kontrollstelle, und es berät die Wasserversorger. Mit einer Befreiung von der Schweigepflicht ist es auch nicht getan. Wir brauchen Ergebnisse, Grundlagenarbeit. So etwas geschieht nicht von heute auf morgen.

Verstehen Sie, dass der Eindruck entstehen kann, dass der Kanton Bern wichtige Informationen verschwiegen hat?

Schauen Sie, mir wäre es auch lieber gewesen, wenn ich in einem halben Jahr hätte sagen können: Wir hatten hier und dort folgendes Problem, und wir haben es gelöst. Wir sprechen aber über ein Thema, bei dem viel im Fluss ist. Über ein politisches Thema, das Betroffenheit auslöst. Ich verstehe, dass man sich noch grössere

Über 50 Gemeinden sind betroffen

Das Trinkwasser im Kanton Bern enthält an zahlreichen Orten zu viele Rückstände des Fungizids Chlorothalonil, das als «wahrscheinlich krebserregend» gilt und mittlerweile verboten ist. Das zeigen amtliche Messungen des vergangenen Jahres, deren Herausgabe diese Zeitung mit einem Gesuch um Akteneinsicht erwirkt hat.

In insgesamt 36 Berner Grundwasser- und Quellfassungen wurden die Höchstwerte für Chlorothalonil überschritten, vor allem im Seeland und im Oberaargau. Die Liste ist aber nicht abschliessend: Seit den letzten Messungen sind laut

Wasserversorgern mindestens 18 weitere Überschreitungen registriert worden. Insgesamt trinken gemäss Recherchen dieser Zeitung also über 178 000 Einwohnerinnen und Einwohner in über fünfzig Gemeinden Hahnenwasser mit zu hohen Chlorothalonil-Werten. An einer gestrigen Medienveranstaltung sagte der Berner Kantonschemiker Otmar Deflorin, dass diese Zahlen schwierig einzuschätzen seien, aber stimmen könnten. Der Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser sei aber tief. Auf Erdbeeren seien 5000 Mikrogramm pro Kilo zulässig. Deflorin forderte die

Wasserversorger zum Handeln auf. Der Kantonschemiker betonte weiter, dass die Konzentration der Metaboliten in den nächsten Monaten und Jahren wichtiger sei als die Daten vom letzten Jahr. Nach dem Verbot des Fungizids brauche es Verlaufsmessungen, ob die Massnahmen auch wirken. Diese müssen von den Wasserversorgern erst noch geplant, durchgeführt und ausgewertet werden. Wie schnell die Konzentration zurückgehe, hänge von zahlreichen lokalen Gegebenheiten ab wie Bodeneigenschaft oder Erneuerungsrate des Grundwassers. *jek/hus*